

Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, es stehen noch einige herum, die schon ungeduldig auf die Rede von Sigmar Gabriel warten. Die wird auch kommen. Aber jetzt kommt erst mal der Bericht des Fraktionsvorsitzenden, und den könnt ihr euch auch im Sitzen anhören.

Von daher, liebe Genossinnen und Genossen, alles okay.

Vor ziemlich genau zwei Jahren haben mit Dreiviertelmehrheit die Mitglieder der SPD sich dafür entschieden, in die Große Koalition einzutreten, und sich für den Koalitionsvertrag ausgesprochen. Heute, nach zwei Jahren kann ich berichten: 80 Prozent des Koalitionsvertrages sind umgesetzt. Die Fraktion hatte daran ihren Anteil, aber zuallererst möchte ich unseren Ministerinnen und Ministern, allen voran Sigmar Gabriel, dafür danken. Es ist euer Verdienst, dass die SPD die treibende Kraft in dieser Regierung ist, dass wir die Regierungspolitik maßgeblich bestimmen und dass unsere Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden.

Ihr habt aus dem Verhandlungserfolg, aus dem Koalitionsvertrag einen Erfolg für unsere Politik gemacht. Gemeinsam haben wir die soziale Marktwirtschaft gestärkt. Für viele Menschen in Deutschland ist dadurch das Leben besser geworden. Deshalb sage ich als Fraktionsvorsitzender: Unsere Ministerinnen und Minister machen hervorragende Arbeit, und wir stellen diesem Land eine gute Regierung.

Vieles ist nur möglich, weil unsere Wirtschaft in einer sehr guten Verfassung ist. -Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wende und den höchsten Stand der Beschäftigung. Wir haben einen unglaublich stabilen Arbeitsmarkt. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig. Allein im letzten Jahr, also in den letzten zwölf Monaten, sind 688 000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Vor zehn Jahren hatten wir 5 Millionen Arbeitslose. Diese Arbeitslosigkeit haben wir heute halbiert. Gewerkschaften können wieder Nettolohnzuwächse durchsetzen. Und, Genossinnen und Genossen, die Reallöhne werden in diesem Jahr um 3% steigen. Das erzeugt Kaufkraft bei vielen Menschen. Das erzeugt Wachstum. Wir haben es geschafft, neben der erfolgreichen Exportwirtschaft jetzt mit der Binnenwirtschaft ein zweites Standbein für die Konjunktur zu etablieren. Lasst uns ehrlich sein, Genossinnen und Genossen: Diese Erfolge wären ohne die Reformen von Rot-Grün unter Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht möglich gewesen.

Und ohne diese Reformen wären wir heute nicht in der Lage, die großen Herausforderungen zu bewältigen und so viele Flüchtlinge aufzunehmen. Was vor zwölf Jahren heftig umstritten war, gilt überall in Europa heute als der maßgebliche

Grund für das deutsche Jobwunder. Und trotzdem war es nötig, diese Reformen nach mehr als zehn Jahren nachzjustieren und zu ergänzen.

Was von Anfang an gefehlt hat, war ein gesetzlicher Mindestlohn. Niemand soll in Deutschland Vollzeit arbeiten und trotzdem auf Sozialhilfe angewiesen sein. Leistung soll sich lohnen. Das ist ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft - aber nicht nur für die Gutverdiener, sondern auch für die vielen, die weniger gut bezahlte Jobs haben. Wer etwas leistet, soll dafür auch einen anständigen Lohn kriegen, Genossinnen und Genossen.

Dieses Prinzip haben wir für über 4 Millionen Menschen in Deutschland umgesetzt. Wahrscheinlich ist die Einführung des Mindestlohns die größte Lohnerhöhung, die dieses Land je erlebt hat. Das ist ein Erfolg, der auch zeigt, was Gewerkschaften und Sozialdemokraten erreichen können, wenn sie gemeinsam an einem Strang ziehen. Es kommt ja auch nicht oft vor auf einem Parteitag, dass ein leibhaftiger Gewerkschaftsvorsitzender auf offener Parteitagsbühne seinen Eintritt in die SPD erklärt, wie das Robert Feiger gestern gemacht hat. Ich finde, das sagt mehr als viele Worte.

Wir haben mit Milliardenaufwand ein Konzept für eine menschenwürdige Pflege durchgesetzt. Wir haben das BAföG von den Ländern übernommen und damit wieder ein Instrument für Chancengleichheit dazubekommen. Wir haben den Doppelpass und die Frauenquote verwirklicht. Wir haben die Kommunen entlastet und die Investitionen hochgefahren - und das alles bei einem ausgeglichenen Haushalt, Genossen und Genossinnen.

Und trotzdem ist dieser Koalitionsvertrag noch nicht abgearbeitet. Es bleiben noch einige große Aufgaben, die wir lösen müssen. Dazu gehört für mich vor allem die Reform der Eingliederungshilfe. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr in einem veralteten Fürsorgesystem verwaltet werden, sondern dass ihnen endlich eine menschenwürdige Teilhabe ermöglicht wird.

(Beifall)

Und auch wenn wir mit der gesetzlichen Frauenquote einen wichtigen Schritt gegangen sind, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, bleibt die größte Benachteiligung von Frauen die ungleiche Bezahlung. Deshalb werden wir Maßnahmen ergreifen, die eines ganz klar zum Ziel haben: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Manuela Schwesig hat die Eckpunkte vorgelegt, und die werden wir umsetzen.

Wir schaffen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden Werkverträge und Leiharbeit vernünftig regulieren. Wenn in großen Fabriken wie zum Beispiel in Fleischfabriken keine Arbeitnehmer mit Arbeitsverträgen mehr an den Fließbändern oder Bearbeitungsstraßen stehen, sondern dort nur noch Werkvertragsunternehmer nebeneinanderstehen, dann hat das nichts mit unternehmerischer Tätigkeit, sondern ganz viel mit Scheinselbstständigkeit zu tun. Wir werden diesen Missbrauch stoppen und die Vorschläge von Andrea Nahles umsetzen, Genossen und Genossinnen.

Aber unsere Wählerinnen und Wähler wollen nicht nur, dass wir den Koalitionsvertrag abarbeiten; sie wollen auch, dass wir Verantwortung übernehmen in schwierigen Zeiten. Für Sozialdemokraten ist klar: Wir stellen uns dieser Verantwortung.

Seit fast zwei Jahren stellt der offene Konflikt zwischen Russland und der Ukraine die europäische Friedensordnung infrage. Ich bin Frank-Walter Steinmeier dankbar, dass dieser Konflikt nicht weiter eskaliert ist, sondern wir im Gegenteil gemeinsam mit Frankreich mit dem Minsker Abkommen einen Weg zu einer friedlichen Lösung gefunden haben.

Und auch bei den Terroranschlägen in Frankreich haben wir gezeigt: Wenn unser wichtigster Bündnispartner Frankreich uns bei einem Angriff um Hilfe und Unterstützung bittet, dann können wir ihn nicht im Stich lassen. Wenn es darauf ankommt, muss Europa zusammenhalten. Ich sage euch: Wir haben uns diese Entscheidung in der Bundestagsfraktion nicht leicht gemacht.

Für mich sind das die stärksten Momente in unserer Fraktion, wenn wir so eine schwierige Entscheidung treffen müssen: wenn dann alle Fakten überprüft werden - wir debattieren so etwas mehrere Stunden -, wenn alle Argumente gegeneinander abgewogen werden und wenn am Ende eine verantwortliche Entscheidung herauskommt. Das ist eine Gewissensentscheidung für alle Abgeordneten. Da ist dann auch Platz für 28 Gegenstimmen. Aber ich betone, dass es auch eine Gewissensentscheidung für die 153 Abgeordneten ist, die mit Ja gestimmt haben. Die haben sich das genauso schwer gemacht.

Wir alle wissen, dass dieser Konflikt nicht allein mit militärischen Mitteln gelöst werden kann, sondern dass wir das nur schaffen, wenn die politischen Verhandlungen in Wien einen Waffenstillstand für Syrien erreichen. Aber wenn der UN-Sicherheitsrat sagt, dass der IS-Terror eine Bedrohung für den Weltfrieden ist, dann dürfen wir nicht zulassen, dass der IS Fakten schafft, bevor die Verhandlungen in Wien Erfolg haben können.

Aber auch wir in Deutschland müssen die richtigen Antworten auf den Terror geben.

Klar ist: Wir müssen entschlossen handeln, aber wir dürfen nicht die Freiheit opfern, um Sicherheit zu erreichen. Wer das tut, verliert am Ende beides.

Was uns nicht hilft, das sind Gesetzesverschärfungen im Wochentakt. Was wir dagegen brauchen, das ist eine kluge Prävention und das sind wachsame, starke Sicherheitsbehörden. Wir haben das Personal der Sicherheitsbehörden in diesem Land massiv verstärkt. Das ist nicht nur notwendig, um den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen. In den letzten Monaten ist auch in Deutschland einiges aus den Fugen geraten: Flüchtlingsheime brennen, Menschen werden bedroht, Hassbotschaften werden im Internet und auf Pegida-Demonstrationen verbreitet. Ich finde es unerträglich, wenn hierzulande Bürgermeister und Landräte bedroht und angegriffen werden, nur weil sie sich um Flüchtlinge kümmern.

Gegen Gewalt und Hetze muss der Rechtsstaat mit aller gebotenen Härte vorgehen.

Carlo Schmid, einer der sozialdemokratischen Väter des Grundgesetzes, hat bei den Beratungen im Parlamentarischen Rat gesagt: „Es gehört nicht zum Begriff der Demokratie, dass sie selbst die Voraussetzung für ihre Beseitigung schafft.“ - Das ist die Begründung für die wehrhafte Demokratie. Genossen und Genossinnen, ich finde, diese Demokratie muss sich zur Wehr setzen gegen die zahlreichen Übergriffe, egal ob sie von salafistischen Hasspredigern oder von rechten Hetzern und Gewalttätern kommt.

Ich finde, es war ein gutes Signal in dieser Woche, dass das Bundesverfassungsgericht das Hauptverfahren gegen die NPD eröffnet hat. Ich weiß noch sehr genau, wie das war im Frühjahr 2013, als wir im Bundestag einen Antrag eingebracht haben mit dem Ziel, dass sich auch der Bundestag als Verfassungsorgan an diesem Verfahren beteiligt. Wir standen leider auf verlorenem Posten. Die SPD-Fraktion war die einzige, die für diesen Antrag gestimmt hat. Deshalb möchte ich mich noch einmal bei den Ländern bedanken, bei den Innenministern der Länder und bei den Ministerpräsidenten, dass sie dieses Verfahren auf den Weg gebracht haben.

Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Sie ist rassistisch. Sie ist antisemitisch. Sie ist in großen Teilen gewaltbereit. Sie ist antidemokratisch. Diese Partei vertritt in der Kontinuität der nationalsozialistischen Ideologie die Auffassung, dass die Menschen in Deutschland nicht gleichwertig sind, sondern dass es minderwertige gibt und dass diese aus sogenannten national befreiten Zonen vertrieben werden müssen. Genossen und Genossinnen, ich hoffe auf ein Verbot dieser Partei; denn es

wäre unerträglich, wenn die Aktivitäten der NPD weiter mit den Mitteln der Steuerzahler finanziert werden müssten.

Liebe Genossen und Genossinnen, wir beschäftigen uns in der Bundestagsfraktion zu einem großen Teil unserer Zeit mit Europa. Das ist Teil unserer Innenpolitik geworden. Ich mache mir Sorgen um den Zustand von Europa. Im Sommer haben wir es mit Ach und Krach geschafft, dass Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Wo wären wir heute, wenn Griechenland im Chaos versunken wäre? Es ist in der Euro-Zone zu halten, wäre niemals gelungen ohne die SPD in der Bundesregierung und ohne Sigmar Gabriel und Martin Schulz.

Aber jetzt sind wir mitten in der Flüchtlingskrise. Martin Schulz hat völlig recht, wenn er sagt, eigentlich wäre das gar keine Krise, wenn 1 Million Flüchtlinge in 28 Ländern Unterkunft finden würden. Deshalb müssen wir natürlich weiter daran arbeiten, dass es zu einer fairen Verteilung der Flüchtlinge in Europa kommt.

Aber es sind nicht nur die Nationalisten und die Populisten, die sich dagegen stellen und das verhindern wollen. Wenn jetzt der sozialdemokratische Ministerpräsident Fico aus der Slowakei beim Europäischen Gerichtshof dagegen klagt, dass er aus dem Gesamtkontingent von 160.000 Flüchtlingen sage und schreibe 802 Flüchtlinge in die Slowakei aufnehmen soll, dann ist das so kleinmütig, dass ich mich als Sozialdemokrat dafür schäme, Genossen und Genossinnen.

Bei allem Verständnis für die Probleme in den östlichen EU-Ländern: Ein Minimum an Solidarität darf nicht verweigert werden. Darauf bestehen wir, aber bitte nicht mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger. Denn wir wissen aus eigener Erfahrung, wie das war, als vor vier Jahren die Flüchtlinge nicht bei uns waren, sondern in Lampedusa und Griechenland angekommen sind und wir von dort um Hilfe gebeten wurden: Damals hat die Bundeskanzlerin europäische Quoten verhindert. Das erinnern natürlich heute noch viele.

Aber das darf natürlich für uns kein Maßstab sein. Wenn wir die Flüchtlingsfrage in Europa nicht gemeinsam lösen, dann wird Europa nicht aus dieser tiefen Krise kommen; denn die chaotische Situation, dass wir die Außengrenzen nicht richtig sichern können, dass mehr als die Hälfte der europäischen Regierungen sich weigert, Flüchtlinge aufzunehmen und dass wir eine nicht funktionierende Flüchtlingsordnung in Europa haben, sondern einen großen Verschiebebahnhof, in dem Flüchtlinge hi- und hergeschoben werden, all das verstärkt doch den Nährboden für Nationalisten und für Populisten in Europa. Und deshalb: Europa muss auch in der Flüchtlingskrise zu einer solidarischen Antwort und zu einer gemeinsamen Lösung finden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gestern über die große Solidarität in der Flüchtlingshilfe gesprochen, über die vielen Helfer, die Zeit investieren und sich engagieren. Ich glaube, so wie wir heute mit Respekt auf die Männer und Frauen - es waren zumeist Frauen - schauen, die nach dem Ende des 2. Weltkriegs aus den Trümmern dieses Land wieder aufgebaut haben, so werden eines Tages auf das Jahr 2015 die Menschen schauen und sagen: Das war das Jahr der christlichen Nächstenliebe, der Solidarität, der Menschlichkeit. Deshalb müssen wir alles dafür tun, damit diese positive Kraft in unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

Das Motto „Wir schaffen das“ war ein guter Appell an die ehrenamtlichen Helfer, aber das darf jetzt keine bloße Durchhalteparole werden. Jetzt muss der Staat seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Vom „Wir schaffen das“ müssen wir jetzt übergehen zum „Wir machen das“. Das erwarten die Menschen von uns.

Und deshalb bin ich froh, dass wir gestern diesen Beschluss gefasst haben und dass Malu Dreyer, Aydan, Barbara, Andrea und Manuela diesen großen Integrationsplan vorgestellt haben. Das ist ein Kraftakt, das ist eine Aufgabe für ein ganzes Jahrzehnt. Bei der Integration heißt die Devise: Nicht kleckern, sondern klotzen. Wir dürfen keine Angst vor den Kosten der Integration haben. Deutschland hat nach Japan die älteste Bevölkerung aller Industrieländer, und die Flüchtlinge sind zur Hälfte jünger als 25 Jahre. Das ist eine riesige Chance: Was wir heute investieren, das wird sich in zehn Jahren doppelt auszahlen, und was wir heute versäumen, das können wir nicht aufholen.

Aber Integration braucht Regeln: „Fördern und Fordern“ muss die Maxime lauten. Deshalb muss es auch klare Ansagen geben. Einen Platz in dieser Gesellschaft kann nur finden, wer die Grundwerte unserer Verfahren akzeptiert. Einen Platz in dieser Gesellschaft kann nur finden, wer Andersdenkende und Andersgläubige respektiert, wer die Rechte von Frauen und Kindern achtet und wer auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichtet. Das steht alles so im Grundgesetz. Das gilt für alle in Deutschland. Das gilt auch für Flüchtlinge ohne Wenn und Aber. Und dafür brauchen wir keine neue Leitkultur. Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz, liebe Genossinnen und Genossen.

Mit unserem Koalitionspartner ist das nicht immer so einfach. Weil die sich nicht einigen können, ob sie eine Obergrenze wollen oder nicht, kommt die Union immer wieder mit unausgegorenen Vorschlägen und Forderungen um die Ecke, die keine Probleme lösen. Stattdessen überbieten sie sich mit Ideen, wie man die Integration erschweren kann. Und da sagen wir ganz klar: Es kann doch nicht richtig sein, dass man Millionen Flüchtlinge mit einem freundlichen Gesicht in das Land holt, aber dann nur noch darüber nachdenkt, wie man sie schlecht behandeln kann, um andere

Flüchtlinge abzuschrecken. Das passt nicht zusammen, und trotzdem wird der CDU-Parteitag das in der nächsten Woche beschließen.

Das wäre ein Signal gegen die bisherige Regierungspolitik, und deshalb muss von unserem Parteitag ein anderes Signal ausgehen, ein starkes Signal. Wir müssen Sigmar Gabriel und die SPD-Ministerinnen und Minister stärken, Genossinnen und Genossen, denn nur mit einer starken SPD können wir die Flüchtlingspolitik prägen: Für Realismus, für Humanität und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ich glaube, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise eine ganz neue Chance für sozialdemokratische Reformpolitik ist. Durch Flüchtlinge wird offensichtlich, welche Defizite und welcher Modernisierungsbedarf in unserer Gesellschaft stecken. Mit der Flüchtlingskrise haben wir gleichsam einen Reformhebel in die Hand bekommen, und den müssen wir nutzen.

Zum Beispiel im Wohnungsbau: Vor einem Jahr wollte uns niemand hören, als wir gesagt haben, wir müssen dringend den Wohnungsmangel in den Ballungszentren beseitigen. Jetzt haben wir dafür 2 Milliarden € für sozialen Wohnungsbau bekommen.

Zum Beispiel Personalabbau: In der schwarz-gelben Regierung war der Personalabbau ein Instrument für den ideologisch motivierten Rückzug des Staates. Das haben wir gestoppt. Wir haben jetzt 3.000 neue Stellen für die Bundespolizei geschaffen und viele weitere andere Stellen im öffentlichen Dienst. In der Krise wird deutlich, dass ein schwacher Staat die Menschen nicht schützen kann.

Zum Beispiel junge Menschen ohne Berufsabschluss: Davon gibt es viele in Deutschland, und wir müssen uns um sie kümmern. Aber die Flüchtlingskrise macht deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf ist. Andrea Nahles hat bisher von Schäuble immer eher die kalte Schulter gezeit bekommen. Jetzt werden wir etwas tun, um Menschen ohne Berufsabschluss in Arbeit zu bringen.

Zum Beispiel Bildung: Allein in diesem Jahr kommen 325.000 schulpflichtige Kinder nach Deutschland. Das schaffen die Länder nicht alleine. Wir werden ihnen dabei helfen müssen. Die Kanzlerin sagt, wir brauchen eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Aber eine Verantwortungsgemeinschaft und ein Kooperationsverbot, das passt nicht zusammen, Genossinnen und Genossen.

Deshalb: Weg mit dem Kooperationsverbot!

Zum Beispiel in der Gesellschaftspolitik: Die Union sollte sich ein Beispiel nehmen, was sie selbst von den Flüchtlingen fordert. Die Konservativen erklären gerade die

Rechte der Homosexuellen und die Gleichstellung der Frau zum Markenkern für unsere offene Gesellschaft. Das sehen wir schon länger so, liebe Union. Aber jetzt erwarte ich auch, dass wir jetzt endlich die Diskriminierung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften beenden, und auch die Lohnschere bei Frauen und Männern.

Ich bin überzeugt: Wenn wir die Integration der Flüchtlinge richtig anpacken und nicht kleckern, sondern klotzen, wenn wir die Gelegenheit ergreifen, unser Land zu modernisieren, dann sind die Flüchtlinge auch eine große Chance für unser Land. Lasst uns gemeinsam anpacken, um diese Chancen zu realisieren. - Vielen Dank.